

Antrag

der Abgeordneten Marc Bernhard, Roger Beckamp, Carolin Bachmann, Sebastian Münzenmaier, René Bochmann und der Fraktion der AfD

Keine weitere Wohnkostenbelastung – EU-Gebäuderichtlinie stoppen

Der Bundestag wolle beschließen

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Sowohl die Europäische Kommission (15.12.2021), der Europäische Rat (25.10.2022) als auch das Europäische Parlament (14.03.2023) haben ihre Version einer Richtlinie für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden vorgelegt (Energy performance of buildings Directive – EPBD). Nun läuft der Trilog, bei dem hinter verschlossenen Türen Vertreter aus Parlament und Rat unter Vermittlung der Kommission die endgültige Richtlinie aushandeln.

Eine EU-Richtlinie, als gemeinsamer Rechtsakt aller EU-Länder, legt ein zu erreichendes Ziel fest, muss aber durch nationale Rechtsvorschriften in den einzelnen Ländern umgesetzt werden. Wie die einzelnen Länder diese Richtlinie dann umsetzen, bleibt ihnen in weiten Teilen überlassen. Dabei können sie zum Beispiel unterschiedliche Grenzwerte festlegen oder unterschiedliche Strafen für Zuwiderhandlungen. In Deutschland erfolgt die Übertragung des EPBD in nationales Recht durch das „Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden (Gebäudeenergiegesetz – GEG).

In Deutschland wird seit Monaten um die zweite Novellierung des GEG gerungen. Zuletzt wurde die Verabschiedung durch das BVerfG gestoppt,¹ anschließend, ohne zusätzliche Beratungen im zuständigen Ausschuss, durch den Bundestag gedrückt. Ob das Bundesverfassungsgericht noch einmal in das Gesetzgebungsverfahren eingreift, bleibt ungewiss.²

Mit der überarbeiteten EPBD-Richtlinie wird eine neue Systematik bei der Beurteilung von Gebäuden eingeführt. Außer der Betrachtung des Energiebedarfes in der Nutzungsphase soll zusätzlich das Lebenszyklus-Treibhauspotential (global warming potential = GWP) der Gebäude betrachtet werden. Dazu wird der Begriff der „grauen Emissionen“ eingeführt. Er bezeichnet die Emissionen, die zusätzlich zu den Emissionen während der Nutzung bei der Errichtung und dem Rückbau des Gebäudes entstehen. Hiermit soll die Kreislaufwirtschaft und der Einsatz von Holz gefördert werden.

¹ www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/bvg23-063.html Zugriff am 13.09.2023

² www.welt.de/politik/deutschland/plus247366688/Heizungsgesetz-GEG-beschlossen-Verfassungsgericht-koennte-noch-es-zu-Fall-bringen.html Zugriff am 13.09.2023

Die Europäische Kommission drängt mit der Novellierung darauf, die Renovierungsrate von Gebäuden in der EU zu verdoppeln.³ Nach der letzten Einigung im Trilogverfahren muss zunächst mehr als die Hälfte aller Gebäude mit den schlechtesten energetischen Werten saniert werden. Die Sanierungspflicht wird umdefiniert in Sanierungsziel.⁴ Das Endziel ist, dass ab 2030 alle Neubauten und ab 2050 alle Gebäude emissionsfrei sind.

In der Richtlinie geht es im Wesentlichen um folgende Punkte:

1. verpflichtende Einhaltung von Energieeffizienzklassen für Gebäude;
2. Einführung von Energieeffizienz-Mindeststandards (MEPS);
3. Pflicht von Solaranlagen auf Gebäuden;
4. Definition von Nullemissionsstandards für Gebäude (Zero-Emission-Building).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes, im Rahmen der laufenden Trilog-Verhandlungen für die europäische Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienzen von Gebäuden (EPBD) folgende Aspekte zu berücksichtigen:

1. die Novellierung in Gänze zu verhindern und perspektivisch die Richtlinie für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) abzuschaffen;
2. alle weiteren Schritte in der Klimaagenda „Fit for 55“ zu verhindern;
3. grundsätzlich eine Diskriminierung deutscher Interessen durch unterschiedliche Vorgaben in den EU-Ländern zu verhindern.

Berlin, den 6. November 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

³ www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/berlin-erwaegt-rueckzug-bei-unterstuetzung-fuer-eu-gebaeuderichtlinie/ Zugriff am 08.08.2023

⁴ www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/marathon-verhandlung-macht-aus-eu-gebaeuderichtlinie-einen-papiertiger/ Zugriff am 30.10.2023

Begründung

Zu 1. und 2.

Die Ausgaben für die Umsetzung des GEG, die am Ende immer der Bürger zu tragen hat, werden auf bis zu 2,5 Billionen Euro geschätzt.⁵ Diese Ausgaben erfolgen zwar mit dem Ziel CO₂ einzusparen, aber wie viel Einsparungen erzielt werden, kann die Bundesregierung nicht beantworten,⁶ geschweige denn, dass Kosten-Nutzen-Analysen für einzelne Maßnahmen durchgeführt werden. Bereits der Beschluss dieses nationalen Gesetzes sorgt dafür, dass der Wohnungsbau in Deutschland eingebrochen ist. Die Stornierungswelle im Wohnungsbau erreichte im August einen neuen Höchststand.⁷ Klaus Wohlrabe, Leiter der ifo Umfragen, sagt dazu „Seit Beginn der Erhebung 1991 haben wir noch nichts Vergleichbares beobachtet. Die Verunsicherung im Markt ist riesig“.⁸

Die neue EPBD-Richtlinie potenziert die Probleme noch deutlich. Es sollen nach dem Vorschlag der EU-Kommission bis 2027 alle Wohngebäude die Emissionsklasse E und bis 2030 die Emissionsklasse D erreichen. Dass diese Forderungen völlig unrealistisch sind, zeigt eine aktuelle Auswertung von Immoscout24.⁹ Danach haben 42 Prozent der Immobilien in Deutschland eine Energieeffizienzklasse schlechter als D. Die aktuell bei etwa 1 Prozent liegende Sanierungsrate¹⁰ und der eng gesteckte Zeitrahmen von sieben Jahren zeigen auf eindrückliche Weise, wie weit weg von der Realität entfernt die ideologiegetriebene Politik der EU ist. Hinzu kommt, dass sich laut einer KfW Umfrage etwa 41 Prozent der befragten Eigentümer die Investition nicht leisten können.¹¹ Denn es trifft gerade die Bürger mit einem geringen Nettoeinkommen doppelt. Beim Einkommensschwächsten Quartil der Bürger hat sich der Anteil der Heizkosten am Nettoeinkommen von 4 auf 8 Prozent verdoppelt.¹² Gleichzeitig haben sie die höchsten Kosten bei der energetischen Sanierung, denn die Gebäude in denen das Einkommensschwächste Quartil wohnt, sind im Schnitt 16 Jahre älter als beim Einkommensstärksten Quartil.¹³ Sie stecken in einem Kreis aus hohen laufenden Kosten und hohen zu erwartenden Sanierungskosten, was auf eine Enteignung der Einkommensschwachen Immobilienbesitzer hinausläuft. Da die Konjunkturaussichten schlecht sind¹⁴ und zunehmend Firmen das Land verlassen¹⁵ ist nicht damit zu rechnen, dass die Bürger in Zukunft mehr Geld zur Verfügung haben.

Zu 3:

Hinzu kommt, dass bei Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht die Anforderungen für die verschiedenen Energieeffizienzklassen in jedem Land unterschiedlich geregelt werden. Darf ein Wohngebäude in Deutschland für die Effizienzklasse D weniger als 130 kWh/(m²a) verbrauchen, sind es in den Niederlande 290 kWh/(m²a)¹⁶ und in Belgien sogar 340 kWh/(m²a).¹⁷ Warum es bei vergleichbaren klimatischen Verhältnissen so unterschiedliche Anforderungen gibt, ist nicht nachvollziehbar.

⁵ www.bild.de/politik/inland/politik-inland/kosten-fuer-mieter-und-eigentuemer-drohen-zu-explodieren-neue-schock-rechnung-zu-83937928.bild.html Zugriff am 13.09.2023

⁶ www.welt.de/wirtschaft/article247251230/Heizungsgesetz-Die-Deutschen-fordern-eine-neue-Debatte.html Zugriff am 13.09.2023

⁷ www.ifo.de/fakten/2023-09-12/stornierungswelle-wohnungsbau-hoehchststand Zugriff am 13.09.2023

⁸ ebenda

⁹ www.immobilienscout24.de/unternehmen/news-medien/news/default-title/energieeffizienz-so-gross-ist-der-sanierungsbedarf-in-deutschland/ Zugriff am 13.09.2023

¹⁰ www.klimaschutz-niedersachsen.de/themen/bauen-und-sanieren/stichwort-sanierungsrate.php Zugriff am 13.09.2023

¹¹ www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_779200.html Zugriff am 13.09.2023

¹² www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2023/Fokus-Nr.-416-Februar-2023-Kostendruck.pdf Zugriff am 13.09.2023

¹³ www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_740480.html#:~:text=Energiewende%20bei%20Privathaushalten%3A%20Gro%C3%9Fe%20Potenziale%20im%20Wohnungsbestand,-Verdoppelung%20der%20Emissionsreduktion&text=Auf%20Privathaushalte%20entf%C3%A4hrt%20mehr%20als,Wesentlichen%20auf%20Basis%20fossiler%20Energietr%C3%A4ger. Zugriff am 13.09.2023

¹⁴ www.ifo.de/fakten/2023-08-25/ifo-geschaeftsklimaindex-faellt-august-2023 Zugriff am 13.09.2023

¹⁵ www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/extrem-kritisch-top-unternehmen-wollen-deutschland-verlassen-li.387078 Zugriff am 13.09.2023

¹⁶ <https://open.overheid.nl/documenten/ronl-e4555261-7a33-49de-bce0-90192086c031/pdf> Zugriff am 13.09.2023

¹⁷ <https://energie.wallonie.be/servlet/Repository/quelles-informations-dans-le-certificat-peb-jusqu-au-3-novembre-2014.pdf?ID=32421> Zugriff am 13.09.2023

